

268274-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Stadtumbaubeauftragte/r für die Gemeinde Losheim am See
OJ S 88/2024 06/05/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Losheim am See

E-Mail: vergabe@agsta.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Stadtumbaubeauftragte/r für die Gemeinde Losheim am See

Beschreibung: Die Gemeinde Losheim am See benötigt Unterstützung durch eine/n Stadtumbaubeauftragte/n in den Ortsteilen Bachem, Riemlingen, Niederlosheim und Wahlen. Es existiert ein ISEK aus dem Jahr 2023 für die genannten Ortsteile und ein ISEK für den Kernort. Diese sind den Vergabeunterlagen als "Anhang - ISEK Ortsteile Losheim-Bericht" und "Anhang - ISEK KernortLosheim-Bericht" beigefügt. Alle wesentlichen Inhalte, insbesondere die einzelnen Maßnahmen sind dem zu entnehmen. Auch die einzelnen Plandateien zu den Ortsteilen und zum Kernort sind beigefügt. Städtebauförderprogramm ist das Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung - Lebenswerte Quartiere gestalten". Der geschätzte Gesamtwert des Auftrags von maximal 400.000,00 EUR ist für 5 Jahre vorgesehen (80.000,00 EUR, brutto, jährlich). Der Gesamtwert darf nicht überschritten werden. Eine Leistungsbeschreibung der Aufgaben des/der Stadtumbaubeauftragten ist als Anhang beigefügt (Anhang - Leistungsbeschreibung).

Kennung des Verfahrens: f217208d-7a28-4c33-a993-5c40419f9bcb

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Merzig-Wadern (DEC02)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Kernort des Ortes Losheim am See und Ortsteile Bachem, Riemlingen, Niederlosheim und Wahlen; der jeweilige räumliche Umgriff der Plangebiete ist den Anhängen (s.o., siehe Anhänge) zu entnehmen.

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1) Arbeitssprache ist deutsch. Anträge in anderer Sprache werden ausgeschlossen. 2) Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter. 3) Für den Teilnahmeantrag sind die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter (FB) zu verwenden. Die FB sind um die geforderten Angaben und Nachweise zu ergänzen. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Inhaltliche Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Formale Erweiterungen können zulässig sein, sofern dies in den FB ausdrücklich zugelassen wird (z. B. Ergänzung weiterer Mitbewerber). Bewerber haben als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung entweder: — die FB nebst beigefügten Nachweisen, — oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) unter https://www.evergabe.de/assets/images/cms/Anleitung_und_Formular_EEE.PDF (mit den vollständigen in der vorliegenden Bekanntmachung geforderten Inhalten, was vom Bewerber zu beachten ist) als vorläufigen Nachweis, vorzulegen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen, Bietergemeinschaften (BG), usw. sind die Unterlagen/die EEE auch für diese anzugeben. BG's, die sich erst nach Einreichung eines Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Ein Wechsel der Identität des Bieters oder der BG ist nicht zugelassen. Nach Ablauf der Eingangsfrist eingehende Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Die Bewerber haben selbst dafür Sorge zu tragen, dass ihre Bewerbungsunterlagen rechtzeitig bei der angegebenen Stelle eingehen. 4) Wichtig: Seit dem 18.10.18 besteht die Pflicht zur eVergabe. Die Kommunikation und die Abgabe der Teilnahmeanträge sowie der Angebote erfolgt gem. § 53 (1) VgV ausschließlich elektronisch über ein Vergabeportal (im vorliegenden Projekt über das Vergabeportal subreport). Die zum Download bereitgestellten Unterlagen sind auf www.subreport.de frei verfügbar. Um regelmäßig über Informationen/Rückfragen in Kenntnis gesetzt zu werden und für die Abgabe der Teilnahmeanträge, ist eine Registrierung erforderlich. Diese ist für die Bieter kostenfrei. Teilnahmeanträge oder Angebote, die nicht über subreport, sondern per E-Mail, schriftlich auf dem Postweg oder persönlich eingehen, werden ausgeschlossen. Es wird empfohlen, dass sich interessierte Bewerber/Bieter rechtzeitig mit den technischen Anforderungen des Vergabeportals vertraut machen. 5) Datenschutzklausel: Die vom Bieter erbetenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Soweit das Angebot eines Bieters den Zuschlag erhält, werden die übrigen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Bieters, der den Zuschlag erhält, vor Zuschlagserteilung informiert. Der Bieter erklärt mit Abgabe des Angebots sein Einverständnis hiermit. 6) Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen. Wenn der Auftraggeber Verhandlungen führt, wird jeder Bieter zu einem Vergabegespräch eingeladen. 7) Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 1

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 1

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Falsche Angaben, verweigerte Informationen, Unternehmen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, Unternehmen, die vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten haben.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Verstoß gegen sozialrechtliche Page 3/11 Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. - Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Leistungen als Stadtumbaubeauftragte/r für die Gemeinde Losheim am See
Beschreibung: Die Gemeinde Losheim am See benötigt Unterstützung durch eine/n Stadtumbaubeauftragte/n in den Ortsteilen Bachem, Riemlingen, Niederlosheim und Wahlen und dem Kernort. Es existieren zwei ISEKs aus dem Jahr 2023. Diese sind den Vergabeunterlagen als "Anhang - ISEK Ortsteile Losheim Bericht" und "Anhang-ISEK Kernort Losheim-Bericht" beigefügt. Alle wesentlichen Inhalte, insbesondere die einzelnen Maßnahmen sind dem zu entnehmen. Auch die einzelnen Plandateien zu den Ortsteilen und zum Kernort sind beigefügt. Eine Leistungsbeschreibung der Aufgaben des/der Stadtumbaubeauftragten ist als Anhang beigefügt (Anhang - Leistungsbeschreibung). Die Gemeinde erwartet, dass ein

Bewerber mit der ausgeschriebenen grundsätzlichen Leistung aufgrund seiner Tätigkeit bei anderen vergleichbaren Stadtentwicklungsprojekten als Stadtumbaubeauftragter, Sanierungsbeauftragter bzw. Stadtumbaubeauftragter vertraut ist. Eine Leistungsbeschreibung über die zu erbringenden Leistungen ist dem Dokument "Anhang-Leistungsbeschreibung" zu entnehmen. Im Rahmen der Bewerbungsphase gibt es über die vorliegende Bekanntmachung sowie die unter subreport zur Verfügung gestellten Formblätter und Informationen keine weiteren Unterlagen, die angefordert werden können. Seitens des Auftragnehmers besteht kein Rechtsanspruch auf die Beauftragung weiterer Leistungen. Die in der beigefügten Beschreibung genannten Leistungen sind weder als vollständig noch als abschließend zu betrachten, sondern beschreiben das Hauptaufgabenfeld des Auftragnehmers des vorliegenden Auftrages.

Interne Kennung: E84988878

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Ggf. Verlängerung um 2 Jahre.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Merzig-Wadern (DEC02)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 3 Jahre

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Angaben zum Bewerber und Eigenerklärungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die folgenden Nachweise/Eigenerklärungen sind mit der Bewerbung (Teilnahmeanträge) vollständig vorzulegen, bei Bewerbungsgemeinschaften (BG) jeweils von allen Mitgliedern der BG; Details, die bei den Angaben zu berücksichtigen sind, siehe in den auf subreport zur Verfügung gestellten Formblättern. Bei

Bewerbungsgemeinschaften sind die Formblätter von den Mitbewerbern (einschließlich Nachunternehmern) ebenfalls auszufüllen. Ferner ist in diesem Fall eine Vollmachtserklärung für den Federführenden, eine Erklärung über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung und eine Erklärung für das Vorhandensein einer Haftpflichtversicherung mit den

geforderten Rahmenbedingungen für die Bewerbungsgemeinschaft/ARGE mit den Bewerbungsunterlagen vorzulegen. 1) Allgemeine Angaben zum Bewerber/der BG sowie zu

Aufbau und Arbeitsschwerpunkten des Büros gemäß Formblatt. Es wird darauf hingewiesen,

Es wird darauf hingewiesen, dass die Bewerber/der BG für die Einhaltung der Rahmenbedingungen für die Bewerbungsgemeinschaft/ARGE mit den Bewerbungsunterlagen verantwortlich sind. Es wird darauf hingewiesen, dass die Bewerber/der BG für die Einhaltung der Rahmenbedingungen für die Bewerbungsgemeinschaft/ARGE mit den Bewerbungsunterlagen verantwortlich sind.

dass Mehrfachbewerbungen einzelner Bewerber oder von Mitgliedern einer BG zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen können. 2) Bei Bewerbungsgemeinschaften auszufüllen: Verbindliche Erklärung der Bewerbungsgemeinschaft über die Rechtsform, den bevollmächtigten Vertreter und die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft. 3) Eigenerklärung, dass keine Personen im Zuständigkeitsbereich des Bewerbers/der BG tätig sind, die zum Ausschluss von Personen nach § 6 VgV führen 4) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und § 124 GWB vorliegen. 5) Eigenerklärung zu § 43 Abs. 1 VgV: namentliche Nennung der tatsächlichen Leistungserbringer, gegliedert in Projektleiter im Auftragsfall, Stellvertreter des Projektleiters (z. B. im Krankheitsfall). Für den im Auftragsfall Projektverantwortlichen und seinen Stellvertreter sind mit der Bewerbung ein Nachweis der Befähigung für die vorliegende Aufgabenstellung (z.B. durch persönliche Referenzen und Qualifikationen; siehe auch Formblatt). 6) Angaben über die beabsichtigte Weitervergabe des Auftrages oder eines Teiles davon. 7) Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und fairen Löhnen 8) Eigenerklärung zu EU-Sanktionen Russland

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Eigenerklärung zu Steuerschulden, Eigenerklärung zu Berufshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die folgenden Angaben sind mit der Bewerbung vollständig vorzulegen, bei BG jeweils von allen Mitgliedern der BG. 9) Eigenerklärung, dass keine Steuerschulden bestehen; 10) Aktueller Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1.000.000 EUR für Personenschäden, mind. 1.000.000 EUR für sonstige Schäden). Die schriftliche Bestätigung der Versicherung des Bewerbers (und seiner Mitbewerber), die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben ist als Nachweis ausreichend. Weitere nachzuweisende Voraussetzung: jährliche Maximierung der Ersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme betragen. (Bei Bewerbungsgemeinschaften muss die Haftpflicht für die ARGE bzw. für ARGE-Leistungen vorgehalten werden.) Die auf subreport herunterzuladenden Formblätter sind für die Angaben zu verwenden (siehe auch VI.3). Die geforderten Nachweise sind als Anlagen beizufügen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der techn. Leistungsfähigkeit sind Referenzen vom Bewerber/der BG vorzulegen. Die Angaben zu den Ref. sind in die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter einzutragen. Darüberhinausgehendes Material (graphische Darstellungen, Planunterlagen o.ä.) ist nicht erforderl. u. wird nicht gewertet. Grundsätzl. Voraussetzungen für die Wertbarkeit von Ref. zu den Kriterien (R-1) und (R-2): — Vollständigkeit/Nachvollziehbarkeit der in den Formblättern abgefragten Angaben, — Bearbeitungszeit von mind. 2 Jahren: die Bearbeitung ist ganz oder teilweise im Zeitraum von März 2014 bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung dieser Veröffentlichung erbracht worden; d. h. bei (R-1), und (R-2): Die Referenzen müssen noch nicht abgeschlossen sein, sie müssen aber bereits mind. seit 2 Jahren bearbeitet werden, — Vergleichbarkeit der Referenzen mit dem zu vergebenden Auftrag (s.u.). Es dürfen grundsätzlich mehr Referenzen als erforderlich genannt werden, dann ist in den Formblättern anzugeben, welche Referenzen unter (R-1) und (R-2) gewertet werden sollen. Die übrigen genannten Referenzen gehen dann nicht in die Wertung ein. Die Bewerber mit den höchsten Bewertungszahlen werden ausgewählt und aufgefordert, am weiteren Verfahren teilzunehmen. (R-1) Mindestanforderung (mind. 1

wertbare Referenz ist zu benennen): Nachweis des Bewerbers über Erfahrungen mit vgl. Aufgabenstellungen, hier: Referenz im Rahmen der Tätigkeit als Beauftragter i.S.d. § 157 BauGB von Städtebauförderprogrammen und im Rahmen von städtebaulichen Gesamtmaßnahmen, bei denen das Fördergebiet mindestens 8 ha groß ist und bei denen ein Mitwirken bei der: a) Akquisition staatlicher Fördermittel, b) Aufstellen eines Kosten-/Wirtschaftlichkeitsplanes, c) Abrechnung von Fördermitteln, wesentlicher Bestandteil der Leistung war. Die Erbringung der Leistungen sowohl zu a), b) und c) ist durch eine kurze textliche Beschreibung (siehe Formblatt 11) nachvollziehbar darzulegen. Hinweis: Die Planung von integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten (ISEK's), ähnlichen Entwicklungskonzepte (Geko, Teko usw.), Zentrumsmanagement und Projektsteuerung /Projektmanagement o.ä. sind im Rahmen des Kriteriums (R-1) nicht vergleichbar und können nicht gewertet werden. Gleiches gilt für punktuelle Unterstützungsleistungen für Einzelmaßnahmen und Betreuungsleistungen für Fördergebiete <8 ha. Zu erbringen ist mind. 1 wertbare Referenz. Gewertet werden max. 3 Referenzen mit jeweils 10 Punkten. (R-2) Nachweis des Bewerbers über Erfahrungen mit vgl. Aufgabenstellungen; hier: Erfahrungen in der Betreuung privater Maßnahmen im Rahmen von Städtebauförderprogrammen, bei denen im Rahmen einer Gesamtmaßnahme oder bei Einzelmaßnahmen der Kontakt zu privaten Maßnahmenträgern gesteuert wurde (z. B. Zentrumsmanagement, Verwaltung von Verfügungsfonds in Bezug auf Einzelmaßnahmen, Beratungs-/Abstimmungsgespräche u. ä.), Formblatt 12. Die Betreuung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen für Private kann nicht als Referenz gewertet werden. Referenzen die zu (R-2) angegeben werden können nicht unter (R-1) angeführt werden, da die geforderten Referenzen bei (R-2) nur als teilweise vergleichbar gelten und lediglich Teilleistungen der ausgeschriebenen Leistungen darstellen. Gewertet wird max. 1 Referenz mit 5 Punkten. Wertung zu (R-2): max. 5 Punkte möglich. Insgesamt können max. 35 Punkte erreicht werden. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Berufsstand

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Verweis auf die einschlägige Rechts- oder

Verwaltungsvorschrift: Qualitätsanforderungen gem. § 75 Abs. 2 VgV Bewerber mit Sitz in

Deutschland: Vorlage eines Nachweises über die Eintragung in ein Berufsregister als

Stadtplaner oder Architekt mit Vertiefung in Richtung Stadtplanung bzw. mit stadtplanerischem

Hintergrund (z.B. Kammermitgliedschaft); Bewerber mit Sitz im Ausland müssen mit dem

Teilnahmeantrag die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen,

soweit hierfür im Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des

Rates aufgeführte Registereintragung einschlägig ist; bei Bewerbergemeinschaften gilt dies für

jeden Mitbewerber.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Vorstellungen des Bieters zur Herangehensweise an die Aufgabenstellung, auch in Bezug auf die Projektspezifika; Projektorganisation/-struktur, die Einbindung des Auftraggebers und anderer Projektbeteiligter (Verwaltung, Gremien, Fördergeber, Private, usw.), Vorstellungen zu Ablauf und Prozessgestaltung im Auftragsfall, Terminsteuerung, Kostensteuerung

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Personelle Besetzung: Projektleiter und Stellvertreter/Projektteam; Erfahrungen der handelnden Personen in der Begleitung von Städtebauförderprojekten; Redundanz; Personaleinsatz

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Honorarangebot

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E84988878>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E84988878>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 04/06/2024 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, ggf. Unterlagen nachzufordern.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Ja

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Saarlandes beim Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Es gelten d. Vorschriften der §§ 97 ff. GWB. Auf die Rügeobliegenheit des Bieters gem. § 160 Abs. 3 GWB innerhalb einer Frist von 10

Kalendertagen und die Unzulässigkeit eines Nachprüfungsantrages bei Versäumung der Rügefrist wird ausdrücklich hingewiesen. Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf schriftlichen Antrag ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Der Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: agstaUMWELT als Verfahrensbetreuer für die Gemeinde Losheim am See
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: agstaUMWELT als Verfahrensbetreuer für die Gemeinde Losheim am See
Beschaffungsdienstleister: agstaUMWELT als Verfahrensbetreuer für die Gemeinde Losheim am See
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Losheim am See

Registrierungsnummer: 06872609233

Postanschrift: Merziger Straße

Stadt: Losheim am See

Postleitzahl: 66679

Land, Gliederung (NUTS): Merzig-Wadern (DEC02)

Land: Deutschland

Kontaktperson: agstaUmwelt als Verfahrensbetreuer für die Gemeinde Losheim am See

E-Mail: vergabe@agsta.de

Telefon: +49 68989339900

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: agstaUMWELT als Verfahrensbetreuer für die Gemeinde Losheim am See

Registrierungsnummer: 068989339900

Postanschrift: Haldenweg 24

Stadt: Völklingen

Postleitzahl: 66333

Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)

Land: Deutschland

Kontaktperson: agstaUMWELT GmbH

E-Mail: vergabe@agsta.de

Telefon: +49 68989339900

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Saarlandes beim Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

Registrierungsnummer: 10000000-00108010000001-47

Postanschrift: Franz-Josef-Röder-Straße 17

Stadt: Saarbrücken

Postleitzahl: 66119

Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de

Telefon: +49 6815014994

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1cf592c7-5302-4991-8740-2aa7419ba5af - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 03/05/2024 09:55:23 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 268274-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 88/2024

Datum der Veröffentlichung: 06/05/2024